Die Situation drohte außer Kontrolle zu geraten. An die hundert Protestierende waren drauf und dran, einen Keller zu stürmen, in dem drei Dutzend Deserteure und Zwangseinberufene festgehalten wurden, um sie – offensichtlich gegen ihren Willen und unter Anwendung von Gewalt – an die Front zu schicken. Die Polizei trieb die Menge mit Tränengas und Warnschüssen auseinander. Es gab Verletzte auf beiden Seiten.[1] Von **Hannes Hofbauer**.

Diese Szene spielte sich am Abend des 2. November 2026 im Ort Petropavlivska Borshchahivka ab, 15 Kilometer westlich der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Die dortige provisorische Anhalte-Einrichtung untersteht dem 1. Asow-Korps und ist damit Teil der ukrainischen Nationalgarde. Es war die Ärztin Valentina Molodaja, die den Stein ins Rollen brachte, indem sie von einem angeblichen „Foltergefängnis“ sprach, in dem unter anderen ein 14-jähriger Junge festgehalten werde. Ukrainische Offizielle widersprachen dieser Darstellung sogleich … und steckten Molodaja zwei Tage später in Untersuchungshaft. Ihr wird der Verrat von Militärstandorten sowie die Organisation von Massenunruhen vorgeworfen. Für wie brisant die Kiewer Behörden die Unruhen in Petropavlivska Borshchahivka hielten, zeigt sich allein daran, dass noch am selben Abend sowohl der Kommandant der Nationalgarde, Oleksandr Pivnenko, sowie der Leiter des ukrainischen Präsidialamts, Kyrylo Budanov, vor Ort eintrafen, um die Lage zu beruhigen bzw. die Auflösung der Demonstration anzuordnen.

Während die Protestierenden vor den Schlägen der Exekutive und dem Tränengas flohen und Soldaten des 1. Asow-Korps die Einrichtung räumten und die dort Festgehaltenen abtransportierten, trat die oberste Beauftragte für den Schutz der ukrainischen Sprache, Olena Ivanovska, auf den Plan. Im Chaos der Niederschlagung der Proteste von Petropavlivska Borshchahivka dürfte jemand gehört haben, wie Kyrylo Budanov die nationale Selbstbeherrschung verloren hat und entweder zu seinen eigenen Mannen oder zu den Protestierenden ins Russische gekippt war.

Flugs hagelte es eine Anzeige gegen den Chef des Präsidialamtes wegen Verstoßes gegen das ukrainische Sprachengesetz. Diesem zufolge muss die Staatssprache – Ukrainisch – in allen Bereichen des öffentlichen Lebens verwendet werden; das schließt Behörden, Dienstleistungen, Kundenkontakte in Geschäften, Banken, Cafés und Restaurants, Bildungseinrichtungen, Spitäler, Medien usw. ein.

Wenn nun einer der obersten Amtsträger der Ukraine, Generalleutnant Budanow, auf Russisch zu schreien oder zu sprechen anhebt, ist das in den Medien des Landes ein größerer Skandal als das Einsperren von Kriegsunwilligen. Der 40-jährige Budanow hat übrigens sein Fehlverhalten sogleich einbekannt und erklärt, er werde die Geldstrafe anerkennen.

Zehn Tage später rutschte Budanow allerdings neuerlich ins Russische. Das war im Zusammenhang mit den über Washington vermittelten russisch-ukrainischen Gesprächen in Abu Dhabi, an denen Budanow teilnahm. Diesmal ließ die Hüterin der Staatssprache allerdings verlauten, dass es keine Strafverfügung geben werden; denn das ukrainische Sprachgesetz findet nur für das Territorium der Ukraine Anwendung.

Titelbild: ГУР МО України, CC BY 4.0

[«1] kyivpost.com/post/89442